

Doreen Goldbeck

Berlin, 18.11.2012

Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Frau von der Leyen – PERSÖNLICH!
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Werte Frau von der Leyen,

verzeihen Sie, dass ich Ihnen erst heute schreibe. Ich hätte mich gern schon viel früher bei Ihnen gemeldet, aber mir fehlten die Worte. Warum ich Ihnen schreibe? Ich möchte Sie fragen, ob Sie zufrieden sind mit den Ergebnissen Ihrer Arbeit:

Am 30. November 2009, vor Ihrem Amtsantritt als Arbeitsministerin, verkündeten Sie in einem Interview mit der BILD: „*Es gibt schon genügend Sanktionsmöglichkeiten. Das Problem ist eher, dass diese unterschiedlich konsequent angewendet werden. In einigen Kommunen funktioniert das gut, in anderen nicht. Hier werden wir bei der Reform der Jobcenter darauf hinwirken, dass die Sanktionen, die wir haben, auch überall genutzt werden.*“

Seither steigen die Zahlen der Sanktionen im ALG-II-Bezug rapide und unaufhaltsam, in einigen Bundesländern wie z.B. Berlin sogar um über 85% ggü. 2009.^{*1} Gleichzeitig sinkt die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aber nicht in nennenswertem Umfang. Bleiben wir bei Berlin als Beispiel: Hier sank die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten lediglich um 2,9% ggü. 2009. Hinzu kommt, dass es keinen erkennbaren Zusammenhang zwischen Sanktionspraxis und Senkung der Arbeitslosenzahlen gibt. Vielmehr ist ein Sinken der Arbeitslosenzahlen ausschließlich einem kleinen wirtschaftlichen Aufschwung zu verdanken, in dessen Zuge neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. einst gestrichene Arbeitsplätze wieder besetzt wurden.

Darüber hinaus wurde bereits 2010 festgestellt, dass seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze die eigentlich anvisierte Verkürzung der Verweildauer in der Arbeitslosigkeit nicht eingetreten ist: „*Vor der Einführung von Hartz IV waren rund 50 Prozent aller arbeitslosen Sozial- und Arbeitslosenhilfebezieher nicht länger als ein Jahr auf Unterstützung angewiesen. Nach vier Jahren waren lediglich 13 Prozent der »Ausgangspopulation« noch arbeitslos. [...] Im Untersuchungszeitraum [2005-2007] fanden – ebenso wie vor der Reform – etwa 50 Prozent der Betroffenen innerhalb von zwölf Monaten wieder einen Job. Rund 16 Prozent der Hilfebezieher waren auch nach vier Jahren noch arbeitslos. Somit hat sich das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit sogar leicht verschärft.*“^{*4}

Zwang, Drohgebärden und Sanktionen haben also nicht dazu geführt, dass die Menschen schneller wieder eine Erwerbsarbeit aufnehmen, sondern das Gegenteil erzeugt. Was ja auch verständlich ist: Nicht nur, dass der Mensch den Schlag des Verlustes seines Arbeitsplatzes wegstecken muss, nein, er erfährt nun obendrein auch noch die entmutigende, demütigende, entmündigende und menschenverachtende Behandlung durch die Jobcenter einschließlich immanenter permanenter Bedrohung mit Verlust der Existenzgrundlage durch Sanktionen und die umfassende Einschränkung seiner Grundrechte, verbraucht seine Kräfte und Motivation darin, seine Rechte in Anspruch zu nehmen und durchzusetzen, sich gegen falsche Bescheide, sinnlose Beschäftigungsmaßnahmen, Zwang zum Eintritt in prekäre Arbeitsverhältnisse oder Aufnahme

von Beschäftigungen, die nicht seiner Persönlichkeit, seinen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Schwächen entsprechen, grundgesetzwidrige Drohungen und Demütigungen durch Jobcenter-Mitarbeiter zu wehren und geht in diesem Drangsalierungssystem gnadenlos unter, wird depressiv, krank, arbeitsunfähig. Mit jeder negativen Erfahrung sinkt die Frustrationstoleranz, bis es schließlich zu Aggressionen ggü. den Erfüllungsgehilfen des Hartz-IV-System, den Jobcenter-Mitarbeitern, kommt.

Nun hat eine kleine Anfrage der LINKEN eine hochinteressante Zahl ergeben^{*2}: Im Jahresdurchschnitt werden mehr als 10400 ALG-II-Empfänger auf Null sanktioniert, was eine Verdopplung (!) innerhalb eines Jahres bedeutet. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich bewusst sind, was dies für die Betroffenen bedeutet: Kein Geld, um Essen und Trinken zu kaufen, kein Geld, um Miete, Betriebskosten, Strom, Telefon oder irgendeine andere Rechnung zu bezahlen, keine Krankenversicherung. Außerdem: Kein Anspruch auf Sozialhilfe. Im Jahresdurchschnitt fallen also mehr als 10400 Menschen in Deutschland vollständig aus allen Hilfe- und Auffangsystemen heraus, sollen aber gleichzeitig alle mit der Eingliederungsvereinbarung aufgezwungenen Auflagen weiterhin erfüllen, um überhaupt wieder Anspruch auf Grundsicherung zu erlangen. Wie viele Zehntausende darüber hinaus durch Sanktionen zwischen 10% und 90% in ihrer Existenz massiv bedroht werden, wissen wir nicht (also, ich weiß es nicht, sie vielleicht schon).

Die Botschaft, die diese Menschen übermittelt bekommen, lautet: Du bist nichts wert. Finden Sie das gut?

Können Sie vor sich, Gott, den Menschen und Ihren Kindern vertreten, dafür verantwortlich zu zeichnen, das Zehntausende Menschen in Deutschland in akuter, staatlich verordneter Existenzangst leben, förmlich per Gesetz in den Tod getrieben werden? Denn das bedeuten die Sanktionen, die sie höchstpersönlich als Ministerin für Arbeit und Soziales befürworten und befördern: Sie befürworten und befördern, dass Mitarbeiter der Jobcenter regelmäßig die Grundgesetze missachtende und brechende Gesetze anwenden und Menschen unter das grundgesetzlich garantierte und vom Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 in seinen Leitsätzen zur Urteilsfindung bestätigte „unverfügbare menschenwürdige Existenzminimum“^{*3} sanktionieren.

Gestatten Sie mir eine persönliche Frage, so von Mutter zu Mutter: Wie erziehen Sie Ihre Kinder? Mit Essensentzug bei Ungehorsam?

Um das ganze ruinöse Ausmaß der von Ihnen präferierten und beförderten Sanktionspraxis der Jobcenter zu erfassen, betrachten Sie doch auch einmal die Folgen der Sanktionen für all jene, die mit dem Sanktionsgrund nichts zu tun haben und auch nicht mildernd darauf einwirken können, aber trotzdem von ihm getroffen werden:

Vermieter erhalten vom Sanktionierten keine Miet- und Betriebskostenzahlungen für mind. 3 Monate. Selbst, wenn der Betroffene sich fügt und nach dem Sanktionszeitraum wieder in den vollen Leistungsbezug tritt, kann er den Mietrückstand nicht oder nur in minimalen Raten begleichen, die er sich vom Munde absparen muss. Erst wenn Wohnungslosigkeit akut droht und er wieder im Leistungsbezug ist, kann er Hilfe vom Jobcenter in Form eines Darlehens erwarten. Auch nach Titulierung der Mietforderung vor einem Gericht bleibt für den Vermieter eine Beitreibung der Forderung aussichtslos, da er nicht in das unpfändbare Einkommen vollstrecken kann.

Energieversorger erhalten vom Sanktionierten 3 Monate lang keine Abschlagszahlungen. Auch hier kann der ALG-II-Empfänger ein Darlehen erst beantragen, wenn er a) wieder im

Leistungsbezug ist und b) Abschaltung des Stroms droht. Der Energieversorger hingegen kann wiederum trotz titulierter Forderung ebendiese nicht betreiben, weil er nicht in unpfändbares Einkommen vollstrecken kann.

Die Krankenversicherung erhält ebenso keine Beiträge für den Sanktionszeitraum, wird diese aber nachfordern, sobald der ALG-II-Empfänger wieder in den Leistungsbezug eintritt. Hier kann der ALG-II-Empfänger allerdings kein Darlehen beim Jobcenter beantragen, denn die Krankenversicherung muss ihn weiterhin pflichtversichern, es tritt also keine zwingende Notlage ein. Sie kann aber ebenso nicht in unpfändbares Einkommen vollstrecken.

Das gleiche gilt für alle übrigen Gläubiger des sanktionierten ALG-II-Empfängers. 3 Monate Sanktion auf Null bedeuten nicht nur für den totalsanktionierten Leistungsempfänger eine unerträgliche soziale Härte und lebensgefährliche Bedrohung seiner Existenz, sondern schädigen darüber hinaus auch noch seine Gläubiger und erzeugen einen Schuldenberg von mehreren tausend Euro, der auf Jahre hinaus nicht abzutragen und schon gar nicht durch Vollstreckungsmaßnahmen einzutreiben ist. Dies gilt übrigens auch für Sanktionen, die 100% nicht erreichen, zumindest für alle auflaufenden Kosten, die aus dem Regelsatz zum Lebensunterhalt zu begleichen sind. Sicherlich wird ein sanktionierter ALG-II-Empfänger zuerst von dem wenigen verbliebenen Geld seinen Magen füllen, erst dann an die Begleichung von Rechnungen denken, so sie ihm dann überhaupt noch möglich ist.

Darüber hinaus wissen wir ja nun seit Jahren, dass seit Einführung der sogenannten Hartz-IV-Gesetze der Niedriglohnsektor förmlich explodiert ist und auch die Leiharbeit ungeahnte Ausmaße angenommen hat. Beide Effekte vernichten existenzsichernde Arbeitsplätze bzw. verhindern ihre Schaffung. Da ordern große Konzerne, die jedes Jahr Milliardengewinne schreiben, Leiharbeiter, welche die anfallende Arbeit für weniger Geld erledigen, als die festangestellten Mitarbeiter, mitunter noch mit ALG II aufstocken müssen. Viele ALG-II-Empfänger sind gar nicht erwerbslos, sondern sogenannte Aufstocker, die teilweise mit einer Vollzeitstelle weniger verdienen, als ihnen als existenzsicherndes Minimum in Form des ALG-II-Regelsatzes zustehen würde.

Alles, was unsere Väter und Großväter mühsam erstritten und erarbeitet haben, wird hier kontinuierlich wieder abgeschafft: Menschen nehmen - unter dem Eindruck der Androhung von existenzgefährdenden Sanktionen - Erwerbsarbeit an, mit der sie nicht einmal das vom Bundesverfassungsgericht als „unverfügbar“ bezeichnete Existenzminimum an Lohn und Gehalt bekommen. Lehnen sie solche Arbeitsangebote ab, wird ihnen die Existenzgrundlage entzogen. Menschen sind bereit, unter unerträglichen, krank machenden und gegen geltende Gesetze verstoßende Arbeitsbedingungen zu arbeiten und schweigen darüber, weil sie um ihren Job bangen und vor allem sich vor den Jobcentern und den mit dem ALG-II-Leistungsbezug einhergehenden Repressalien wie Entmündigung, Demütigung und Sanktion fürchten. Gewinner sind ausschließlich die Arbeitgeber, die die Lohnkosten auf den Rücken und zu Lasten der Arbeitnehmer senken, sie mittels Aufstockung von ALG II subventionieren lassen und sich anschließend über noch höhere Gewinnspannen freuen, während in Deutschland erschütternde Armutsberichte veröffentlicht und über drohende zukünftige Altersarmut händeringend schwadroniert wird – übrigens ebenfalls ein von der Hartz-IV-Gesetzgebung mitgeschaffenes und begünstigtes Phänomen, an dem Sie nun mit Ihrer Mindestrente herumdoktern, statt die Ursachen zu beseitigen, denn: wer heute wenig verdient, kann einerseits mit seiner Erwerbsarbeit wenig zum Generationenausgleich in der Rentenkasse beitragen und erwirkt andererseits selbst kaum Rentenansprüche für seine zukünftige Rente.

Frau von der Leyen, Sie tragen Mitverantwortung dafür, dass in Deutschland millionenfach im Auftrag des Staates und der Regierung – in Ihrem Auftrag! - gegen das Grundgesetz verstoßen

wird und erwerbslose Menschen wie „unwertes Leben“ behandelt werden, ihnen die Existenzberechtigung abgesprochen, Frustration, Verzweiflung, Angst und hilflose Wut erzeugt wird. Jeder Mensch, der im Hartz-IV-System zu Tode kommt oder Schaden an Leib und Seele nimmt, geht auch auf Ihre Kappe. Einige Beispiele sind ja in den Medien schon bedauert worden: Der schwer depressive junge Mann, der 2007 in Speyer verhungerte und seine Mutter, die gerade noch so vor dem Hungertod bewahrt werden konnte^{*5}, der ältere Herr in Hildesheim, der 2008 aus Angst vor Hartz IV seine Frau umbrachte und den eigenen Selbstmord solange hinausschob, bis seine Tat entdeckt wurde^{*6}, die Frau, die im Juni 2012 in Halle an einem Magendurchbruch verstarb, weil sie aufgegeben hatte, Hilfe beim Jobcenter zu beantragen und es niemanden kümmerte^{*7}, die Jobcenter-Mitarbeiterin, die im September 2012 in Neuss Opfer eines tätlichen Angriffs eines verzweifelten ALG-II-Empfängers wurde^{*8}, die 39-jährige Frau, die im Mai 2011 im Jobcenter in Frankfurt von einer Polizistin niedergeschossen wurde und an dieser Verletzung verstarb und der Polizist, der von ebendieser Frau mit Messerstichen schwer verwundet wurde^{*9}. Über all die Menschen, die still und heimlich sterben, den Freitod einem Leben mit Arbeitslosigkeit und Demütigungen und Sanktionen durch die eigentlich zur Hilfe berufenen Jobcenter vorziehen, berichten die Medien nicht^{*10}. Aus Pietätsgründen. Oder so. Aber die Suizidforscher sagen: **Bei Arbeitslosigkeit besteht ein 20-fach erhöhtes Suizidrisiko^{*11}**. Dafür sprechen auch die Zahlen der Verschreibung von Antidepressiva an Arbeitslose, die um 77% höher liegen, als bei Erwerbstätigen^{*12}. Ebenso finden die Opfer des Systems auf der anderen Seite des Schreibtisches kaum mediale Aufmerksamkeit: Die Jobcenter-Mitarbeiter, die tagtäglich den Aggressionen der frustrierten Hilfeempfänger ausgesetzt und gleichzeitig gezwungen sind, ebendiese mit ihren Entscheidungen und Maßnahmen zu befördern, wollen sie nicht beizeiten ebenfalls auf ALG II angewiesen und dem zerstörerischen Hartz-IV-System ausgesetzt sein.

Frau von der Leyen, fangen Sie endlich an, Ihren Job richtig und gut und im Sinne der Menschen zu machen, FÜR die sie arbeiten!

Hören Sie auf, Maßnahmen zu befürworten und gar zu fördern und zu fordern, die gegen das Grundgesetz verstoßen und Menschen die Existenzgrundlage entziehen, sie in die Verzweiflung, in Hunger und Obdachlosigkeit, gar in den Suizid treiben. Schaffen Sie die Sanktionen ab.

Reformieren Sie die Jobcenter zu Einrichtungen, die den sowieso schon aufgrund der Erwerbslosigkeit entmutigten Menschen Mut machen, sie kompetent und professionell beraten und ihnen wirklich helfen, ggfs. nicht nur im Hinblick auf das Finden einer Erwerbsarbeit oder beruflichen Neuorientierung, sondern auch im Hinblick auf Wiedererlangung eines gesunden Selbstwertgefühls, seelischer und körperlicher Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Sorgen Sie dafür, dass z.B. ehrenamtliche Arbeit als Arbeit anerkannt wird, auch, wenn daraus kein Einkommen generiert werden kann. Schaffen Sie die Arbeitsmaßnahmen ab, entziehen Sie den privaten Maßnahme-Trägern die fragwürdige Existenzgrundlage, ermöglichen Sie stattdessen gemeinnützigen Vereinen und non-profit-Organisationen, Schulen, Kindergärten, Alten-, Pflege- und Hospizheimen, soziokulturellen Einrichtungen, Bürgerinitiativen usw. notwendige Ehrenämter zu besetzen, und den erwerbslosen, aber arbeitswilligen Menschen auf freiwilliger Basis - aber ggfs. unter Anleitung und Empfehlung ihrer Vertrauensperson beim Jobcenter - eine für sie sinnvoll und zumutbar erscheinende Tätigkeit zu finden und dieser unbehelligt nachzugehen, so wieder soziale Kontakte und gesellschaftliche Teilhabe sowie das lebenswichtige Gefühl, gebraucht zu werden, und vielleicht sogar in Folge eine Erwerbsarbeit erlangen zu können.

Sorgen Sie dafür, dass Sinn und Zumutbarkeit einer Arbeit von jenen bestimmt werden, die diese Arbeit ausführen sollen und am besten wissen, ob sie Sinn darin sehen und es für sich auf der Basis ihrer persönlichen Fähigkeiten und Schwächen für zumutbar halten, nicht von Jobcenter-

Mitarbeitern. Sorgen Sie dafür, dass in den Jobcentern den Hilfesuchenden echte Alternativen aufgezeigt werden, dass nach den Bedürfnissen und persönlichen Lebenssituationen der Hilfeempfänger gefragt, das ihnen zugehört wird, sie auch verstanden werden und die Angebote und Hilfen sich danach richten, was im Einzelfall tatsächlich sinnvoll und nützlich ist und Aussicht auf Erfolg hat, weil der Hilfeempfänger den Nutzen für seine Person erkennt, die Hilfe akzeptiert und annimmt.

Sorgen Sie dafür, dass die Jobcenter mit gutem Beispiel voran gehen und ihre Mitarbeiter in ordentlichen, unbefristeten Arbeitsverhältnissen beschäftigen, statt in befristeten; sorgen Sie für Kontinuität, Kompetenz und Professionalität in der Beratung und Hilfe. Sorgen Sie für die Möglichkeit, Vertrauen zu einer Bezugsperson im Jobcenter aufzubauen, die dem Hilfeempfänger langfristig erhalten bleibt, auch für die Möglichkeit, einen Fallmanager unkompliziert ablehnen zu können, wenn ein Leistungsbezieher mit diesem nicht zurechtkommt (und umgekehrt!).

Anerkennen Sie endlich, dass es nicht genug Erwerbsarbeit für alle gibt, dass auch Lohndumping und Leiharbeit nicht mehr Arbeitsplätze schaffen, sondern lediglich die Profitgier der Arbeitgeber alimentieren und die Ausbeutung jener befördern, die tatsächlich die Werte überhaupt erst schaffen, nämlich die Arbeitnehmer. Sorgen Sie dafür, dass die Jobcenter weder Lohndumping noch Leiharbeit durch Zwangsvermittlung der Leistungsbezieher in solche Beschäftigungsverhältnisse auch noch befördern.

Sorgen Sie dafür, dass die Jobcenter ihre Mitarbeiter nicht mehr darauf drillen, möglichst viel einzusparen, indem man Hilfesuchende drangsaliert und sanktioniert, bis sie auf den Antrag auf Unterstützung zum Lebensunterhalt verzichten, sondern dass die effektive und vor allem sinnvolle Nutzung der zur Verfügung stehenden Mittel angestrebt wird, dass Steuergelder nicht zur Finanzierung fragwürdiger privater Träger in sinnlosen Maßnahmen ohne Ergebnis oder zur Subvention prekärer Arbeitsverhältnisse verschwendet werden, sondern sinnvoll zur Förderung der Arbeitswilligen eingesetzt werden.

Frau von der Leyen, erkennen Sie, dass man keinem Menschen mit Zwang und Sanktionen helfen kann, das menschliche Zuwendung, Respekt und Achtung vor dem Gegenüber, Anerkennung persönlicher Situationen und Schaffung von Vertrauen tausendmal mehr bewegen und helfen, selbst, wenn es aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt oder der individuellen Situation des Hilfeempfängers nicht zu Erwerbsarbeit führt. Erkennen Sie, dass der Staat – und damit auch Sie als Ministerin – eine im Grundgesetz verankerte Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern und insbesondere gegenüber jenen Menschen hat, die aus eigener Kraft nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können, und dass er seit Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze dieser Fürsorgepflicht nicht mehr gerecht wird, mittels Sanktionen im ALG-II-Leistungsbezug sogar das Gegenteil tut, indem er dem hilfebedürftigen Teil der Bevölkerung die Existenzgrundlage entzieht.

Im Übrigen sind meine in diesem Brief gestellten Fragen keinesfalls rhetorisch, sondern ernstgemeint. Ich freue mich auf Ihre Antworten. Und falls Sie Hilfe benötigen, zum Beispiel Ideen und Konzepte für mögliche sozialverträgliche und grundgesetzkonforme Reformen der Sozialgesetze und der Arbeit in den Jobcentern, kommen Sie gern auf mich zurück.

Mit hoffentlich aufrüttelnden Grüßen,

Doreen Goldbeck, Berlin

PS: Damit Sie die für Reformen sicherlich notwendige Unterstützung von Ihren Kollegen erhalten und diese ebenfalls für das Thema sensibilisiert sind, geht eine Kopie dieses Briefes an sämtliche Abgeordnete, Minister, Parteifunktionäre aller Coleur und sonstige Regierungsteilnehmer, derer ich habhaft werden kann.

Fußnoten/Quellverweise:

- *1 - http://biaj.de/images/stories/2012-11-12_eine-million-sanktionen-hartz-iv-bmas-von-der-leyen.pdf
- *2 - <http://www.neues-deutschland.de/artikel/804503.arbeitslose-auf-null-diaet.html>
- *3 - http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/l_s20100209_1bv1000109.html
- *4 - <http://www.neues-deutschland.de/artikel/197222.hartz-iv-hat-nichts-positives-gebracht.html>
- http://www.boeckler.de/28607_35074.htm
- *5 - <http://www.perspektive-mittelstand.de/Armut-in-Deutschland-20jaehriger-Mann-verhungert-in-Speyer-am-Rhein/pressemitteilung/3433.html>
- *6 - <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/mord-aus-verzweiflung-mann-toetet-seine-frau-und-verschiebt-selbstmord/1385128.html>
- *7 - http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta%2Fpage&atype=ksArtikel&aid=1342037200030&fb_source=message
- http://www.mdr.de/nachrichten/toteinhalle100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html
- *8 <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/jobcenter-neuss-familienvater-ersticht-seine-sachbearbeiterin-a-858111.html>
- *9 <http://www.sueddeutsche.de/panorama/frankfurt-am-main-jobcenter-kundin-greift-polizisten-an-und-wird-erschossen-1.1099359>
- *10 - [http://www.scharf-links.de/41.o.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=13439&tx_ttnews\[backPid\]=56&cHash=f093dea419](http://www.scharf-links.de/41.o.html?&tx_ttnews[tt_news]=13439&tx_ttnews[backPid]=56&cHash=f093dea419)
- <http://www.ausgehartz.de/2008/08/hartz-iv-ttet.html>
- <http://www.grundrechtsschutzinitiative.de/47,0,neu-erfolgreicher-eilantrag-gegen-die-sanktionierung-eines-schulkindes,index,o.php>
- *11 - <http://www.soziales-zentrum-hoexter.de/mahnwache-f%C3%BCr-alle-hartz-iv-opfer/>
- <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=15646&css=print>
- http://www.gbe-bund.de/gbe10/abrechnung.prc_abr_test_logon?p_uid=gasts&p_aid=&p_knoten=FID&p_sprache=D&p_suchstring=14911::Suizid
- *12 - <http://www.spaces-brandenburg.de/downloads/psychische-Folgen-Arbeitslosigkeit.pdf>